

TAMPEP wurde 1993 als Reaktion auf die Probleme von migrierten Sexarbeiter_innen in Europa gegründet. Seit ihrer Gründung hat die Organisation in 28 europäischen Ländern die Strukturen sowie Wandlungsprozesse innerhalb der Sexindustrie beobachtet und sich dafür eingesetzt, dass migrierte Sexarbeiter_innen Zugang zu Beratung und Unterstützungsleistungen bekommen. Dabei versucht TAMPEP bis heute, migrierten Sexarbeiter_innen eine Stimme zu geben.

Im Laufe der letzten 20 Jahre hat TAMPEP Verstöße gegen die Menschenrechte von Sexarbeiter_innen dokumentiert sowie Sachverhalte und Problemstellungen aufgezeigt, von denen migrierte Sexarbeiter_innen in Europa betroffen sind.

TAMPEP verpflichtet sich weiterhin zu diesen Zielsetzungen und fordert programmatisches Denken darüber ein, wie Sexarbeiter_innen in Europa in Zukunft besser unterstützt werden können, insbesondere in Hinblick auf die zunehmende Anti-Prostitutionshaltung und Xenophobie in Europa.

Wir befinden uns in einem entscheidenden Moment für eine von Sexarbeiter_innen angeführte Interessensvertretung mit Unterstützung der Zivilgesellschaft und strategischen Verbündeten.

Es wird Zeit für ein Europa frei von Stigmatisierung und Diskriminierung!

en dazu ermächtigt werden, selbstbestimmt gegen Gewalt vorzugehen und ihre Menschenrechte einzufordern.

Diese Position wird von mehreren Organen der Vereinten Nationen (UNFPA, UNAIDS und UNDP) unterstützt sowie von mehreren bedeutenden Menschenrechtsorganisationen



TAMPEP zur Situation von inländischen und migrierten Sexarbeiter_innen in Europa

Nationale Gesetze und Regelungen haben große Bedeutung für die Reduktion von Vulnerabilität sowie für die Bekämpfung von Gewalt gegen Sexarbeiter_innen und spielen außerdem eine entscheidende Rolle dabei, dass Sexarbeiter_innen universeller Zugang zu Rechten und Justiz garantiert werden kann. Durch die Entkriminalisierung von Sexarbeit können sichere Arbeitsbedingungen gewährleistet und Sexarbeiter_innen

wie Human Rights Watch¹ und Amnesty International, die nach eingehender Beratung in einem Richtlinienentwurf die Entkriminalisierung von Sexarbeit empfiehlt². Ebenso schließen sich die Anti-Menschenhandelsorganisationen GAATW³ und La Strada International⁴ sowie bedeutende feministische Foren (AWID) und Stiftungen wie die Open Society Foundation, Mama Cash und der Red Umbrella Fund dieser Position an. Die Entkriminalisierung von Sexarbeit wird außerdem von Sexarbeitsnetzwerken und regionalen, nationalen sowie internationalen Sexarbeitsorganisationen unterstützt, wie z. B. TAMPEP (European Network for HIV/STI Prevention and Health Promotion among Migrant Sex Workers), NSWP (Global Network of Sex Work Projects), ICRSE (International Committee on the Rights of Sex Workers in Europe) and SWAN (Sex Workers' Rights Advocacy Network).

¹ Nachzulesen unter:

<http://www.hrw.org/reports/2012/07/19/sex-workers-risk>;
<https://www.hrw.org/news/2014/06/18/canadas-prostitution-bill-step-wrong-direction>; und
<http://www.hrw.org/news/2013/05/14/china-end-violence-against-sex-workers>

² Amnesty International hat sich am 11. August 2015 im Rahmen einer Abstimmung für die Entkriminalisierung von Sexarbeit ausgesprochen. Nachzulesen unter:
<https://www.amnesty.se/upload/files/2014/04/02/Summary%20of%20proposed%20policy%20on%20sex%20work.pdf>

³ Nachzulesen unter:

<http://www.gaatw.org/resources/statements/754-gaatw-is-statement-on-attack-on-un-research-calling-for-the-decriminalisation-of-sex-work> und
http://www.gaatw.org/statements/GAATWStatement_05.2013.pdf

⁴ <http://lastradainternational.org/>

Entkriminalisierung

Wenn man alle Forderungen von Sexarbeiter_innen mit einem Wort zusammenfassen könnte, wäre dieses Entkriminalisierung. Progressive Regierungen in Neuseeland und New South Wales in Australien haben ein legislatives Entkriminalisierungsmodell eingeführt, um die Situation von Sexarbeiter_innen zu verbessern. Vor kurzem wurde dieses Modell von der neuseeländischen Regierung und dem New Zealand Prostitutes Collective positiv evaluiert.⁵ **Die Ergebnisse dieser Evaluation zeigen eine signifikante Reduktion der Vulnerabilität von Sexarbeiter_innen und belegen einen verbesserten Zugang zu Menschenrechten.**

Unter Entkriminalisierung versteht man die Abschaffung aller strafrechtlichen Maßnahmen, die Sexarbeit betreffen und gleichzeitig einen Weg, um sicherzustellen, dass Regierungen die Menschenrechte von Sexarbeiterinnen achten. Die Forderung nach Entkriminalisierung beinhaltet auch die Aufhebung strafrechtlicher Maßnahmen, die in die Sexarbeit involvierte Drittparteien betreffen; bedeutet aber gleichzeitig die Möglichkeit, sicherzustellen, dass Sexarbeiter_innen unabhängig und/oder in Kooperativen arbeiten können.

Selbstbestimmung und Autonomie von Sexarbeiter_innen gehören maßgeblich zum Verständnis des Entkriminalisierungsmodells.

Sexarbeiter_innen und ihre Unterstützer_innen treten häufig für die **vollständige Entkriminalisierung** im Rahmen eines Rechtssystems ein, das auch anderweitige Hürden beseitigt, die gerade migrierte Sexarbeiter_innen vulnerabel gegenüber Gewalt und Menschenhandel machen und gleichen Zugang zu Menschenrechten erschweren. Der Leitgedanke hinter diesem Ansatz ist, dass Regierungen zur Bekämpfung der Vulnerabilität von Sexarbeiter_innen den vollständigen Schutz ihrer Menschenrechte gewährleisten müssen, unabhängig von ihrer Nationalität und/oder ihrem Aufenthaltsrechtlichen Status im Gastland.

⁵ Nachzulesen unter: <http://www.parliament.nz/en-nz/parl-support/research-papers/00PLSocRP12051/prostitution-law-reform-in-new-zealand>

Diese zu schützenden Rechte umfassen unter anderem **das Recht auf Leben, Gesundheit, Migration, Arbeit, Privatsphäre, Vereinigung, Gleichheit vor dem Gesetz sowie das Recht, frei von Menschenhandel und sklavereiähnlichen Praktiken zu sein.**

Stigma und Migration

Trotz der Forderungen nach Entkriminalisierung werden die Gesetze zu Sexarbeit im europäischen Raum immer strenger und repressiver. TAMPEP hat in mehreren Publikationen dokumentiert, welche negativen Konsequenzen diese nationalen Gesetze und Verordnungen für Sexarbeiter_innen haben.

Sexarbeit wird von Regierungen und der Gesellschaft kaum als Arbeit anerkannt. Die mächtigste Waffe gegen die Anerkennung von Sexarbeit als Arbeit ist das Stigma, mit dem Sexarbeit behaftet ist⁶. In der Praxis bedeutet das, dass Entscheidungsträger_innen Maßnahmen entwickeln und einführen, die Würde und Menschenrechte von Sexarbeiter_innen untergraben, anstatt die Selbstbestimmung und Autonomie von Sexarbeiter_innen zu fördern sowie zu unterstützen und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Es bestehen deutliche Zusammenhänge zwischen diesem repressiven Trend und der aktuellen Debatte um Menschenhandel. Anti-Prostitutionsgruppen benutzen die Rhetorik der Menschenhandelsdebatten, um auf die Abschaffung der Prostitution zu drängen. Die Anti-Immigrationslobby benutzt den Menschenhandelsdiskurs, um strengere Einwanderungsbeschränkungen zu fordern⁷.

Die Stimmen von Sexarbeiter_innen werden dabei von Entscheidungsträger_innen oder Massenmedien häufig ignoriert oder missbraucht. Im Rahmen dieser Unsichtbarkeit und Isolation sind migrierte Sexarbeiter_innen besonders von repressiven Maßnahmen und der zunehmenden Xenophobie betroffen.

⁶ Sujata Gothoskar, Apoorva Kaiwar (2014).

⁷ NSWP Informationspapier zu Menschenhandel: <http://www.nswp.org/sites/nswp.org/files/SW%20is%20Not%20Trafficking.pdf>

Die Kriminalisierung von Sexarbeit, Sexarbeiter_innen und ihren Kund_innen wird häufig von Anti-Migrationsgesetzen begleitet, die darauf abzielen, undokumentierte Migrant_innen zu verhaften und abzuschleppen. Das führt dazu, dass migrierte Sexarbeiter_innen in den Untergrund und versteckte Arbeitsbereiche gedrängt werden, um der Verfolgung und dem Risiko einer Abschiebung zu entgehen. Dieser Trend verschärft die Gefahr für Sexarbeiter_innen, Opfer von Menschenhandel zu werden, und verringert ihre Zugangsmöglichkeiten zu Unterstützung und Gesundheitsleistungen sowie zu Rechten und Justiz.

EU-spezifische Trends

Ein Trend, der in vielen TAMPEP-Berichten der letzten Jahre charakterisiert und deutlich hervorgehoben wird, ist der Anstieg von Migration und Mobilität unter Sexarbeiter_innen - sowohl global betrachtet als auch besonders im Bereich der Migration von Sexarbeiter_innen nach und innerhalb von Europa⁸. Bei diesem Trend handelt es sich um eine direkte Konsequenz der Globalisierung, der allerdings auch mit historischen und sozio-ökonomischen Faktoren sowie der Erweiterung der Europäischen Union in Zusammenhang steht.

Migration muss als entscheidender Faktor für die Analyse von Sexarbeit in Europa berücksichtigt werden. Migrant_innen machen bei Weitem die größte Gruppe von Sexarbeiter_innen in der Region aus. Die Migration und Mobilität von Sexarbeiter_innen kann auch in der Europäischen Union deutlich beobachtet werden.

Das Problem dahinter liegt im Rassismus und der Xenophobie, die den Migrations- und Mobilitätstrends in Europa folgen. Undokumentierte migrierte Sexarbeiter_innen sind besonders von Strafverfolgungen betroffen und erleben ein hohes Ausmaß an Gewalt und Ausbeutung.

Verstärkt hat sich diese Problemlage durch die Folgen der Finanzkrise, die die EU und den Rest der Welt seit 2008 prägen, durch im Zuge der Terrorismusbekämpfung spontan beschlossene Gesetze zur Bewahrung der nationalen Sicherheit sowie durch Gesetze zur öffentlichen Sicherheit.

Zunehmender Konservatismus

TAMPEP verzeichnet einen zunehmenden politischen und sozialen Konservatismus, der die Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten von vulnerablen Gruppen beeinträchtigt.

Konservative Rückschritte in den Bereichen Sexarbeit, Drogenkonsum und Migration werden dadurch verursacht, dass evidenz- und menschenrechtsbasierte Ansätze im Rechtsbereich ignoriert werden.

Sozio-ökonomische Richtlinien verursachen in Kombination mit der voranschreitenden Verschärfung sozialer Ungleichheiten tiefgreifende soziale Exklusion und Diskriminierung von Sexarbeiter_innen, vor allem den besonders vulnerablen Mitgliedern dieser Gruppe (Migrant_innen, Transgender Sexarbeiter_innen, Drogenkonsument_innen etc.).

Menschenhandel vs. Sexarbeit

Um gegen Rechtsverstöße und Missbrauch in der Sexindustrie vorzugehen, haben die EU-Mitgliedsstaaten den Kampf gegen den Menschenhandel dazu genutzt, Prostitution und Migration zu bekämpfen, anstatt ein sicheres und hilfreiches Umfeld für Sexarbeiter_innen zu schaffen, in dem Sexarbeiter_innen arbeiten und sich selbst organisieren können sowie gute Arbeitsbedingungen gewährleistet werden.

Die Sexindustrie hingegen zu zerstören bedeutet für Sexarbeiter_innen einen schwerwiegenden Eingriff in ihren Lebens- und Arbeitsalltag und zwingt sie in die Illegalität und Isolation. Gleichzeitig werden Menschenhandelsopfer selten gefunden – und wenn sie gefunden werden, werden ihre Bedürfnisse kaum adäquat gehandhabt. Entscheidungsträger_innen setzen Sexarbeit

⁸ Nachzulesen in aktuellen Europa-Bestandsaufnahme von TAMPEP:
<http://tampep.eu/documents/TAMPEP%202009%20European%20Mapping%20Report.pdf>

mit Menschenhandel gleich, was einerseits zu ineffektiven und alle Sexarbeiter_innen betreffenden Gesetzen führt, während andererseits die Bedürfnisse derjenigen Sexarbeiter_innen, die nicht von Menschenhandel betroffen sind, ignoriert werden.

Eine der fünf Prioritäten der EU im Kampf gegen den Menschenhandel ist es, die Prävention von Menschenhandel zu forcieren⁹. Die meisten Entscheidungsträger_innen reduzieren ihre Definition von Prävention allerdings auf die Einschränkung der Nachfrage und des Angebots an Dienstleistungen und Waren, die von Menschenhandelsopfern angeboten oder hergestellt werden. Dahinter steht die Annahme, dass die Einschränkung der Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen dem Menschenhandel ein Ende setzen wird.

Obwohl die strategischen Ziele der EU von einer wesentlich breiter gefassten Interpretation von Nachfrage ausgehen, zeugen die Gesetze und Regelungen zur Kriminalisierung von Sexarbeitskund_innen davon, dass diese Zielsetzungen unverhältnismäßig auf die Sexindustrie allgemein angewandt werden.

Zieht man eine breite Definition von Menschenhandel heran, wird deutlich, dass Maßnahmen und Gesetze zur Bekämpfung von Menschenhandel das breite Spektrum, in denen Menschen von Menschenhandel betroffen sein können, wie z.B. in der Bauwirtschaft, Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie, Haus- und Pflegearbeit, widerspiegeln müssen. Obwohl belegt ist, dass Menschenhandel und Zwangsarbeit dadurch angetrieben werden, dass eine steigende Nachfrage nach billigen, unqualifizierten und einfach entbehrlichen Arbeitskräften mit immer restriktiver werdenden Einwanderungsbestimmungen und einem Mangel an arbeitsrechtlichen Absicherungen für migrierte Arbeitskräfte kombiniert wird, wird im Rahmen von Gesetzgebungen gegen diese strukturellen

Determinanten von Menschenhandel und Zwangsarbeit nicht vorgegangen.

Von 2012 bis 2016 gab es in der EU keine Bestrebungen, gesetzliche Entkriminalisierungsmodelle als eine Strategie zu verfolgen, gegen Menschenhandel vorzugehen und die Situation von Sexarbeiter_innen in Europa zu verbessern.

TAMPEP hat ebenso festgestellt, dass Förderinitiativen der EU und anderen Spender_innen immer öfter zur Finanzierung von Anti-Menschenhandelskampagnen und abolitionistischen Bestrebungen genutzt werden, allerdings nur selten Sexarbeitsorganisationen oder Beratungsstellen mit einem menschenrechtsorientierten Ansatz zu Gute kommen.

Abolitionismus und das Schwedische Modell

Abolitionistische feministische Lobbygruppen wie die European Women's Lobby und Equality Now werden immer stärker und einflussreicher und haben gerade im Zuge der momentanen Debatten und der damit zusammenhängenden politischen Interessen zum Thema Frauenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und Prostitution, finanzielle Unterstützung bekommen.. Abolitionistische Feminist_innen und Organisationen unterstützen häufig das sog. Schwedische Modell, was sich inzwischen zu einem gefährlichen europäischen und globalen Trend entwickelt hat.

Das Schwedische Modell – ein 1999 in Schweden entwickeltes Gesetzesmodell – zielt darauf ab, das Auftreten der Prostitution zu reduzieren, nicht aber darauf, sichere Arbeitsbedingungen für Sexarbeiter_innen zu gewährleisten. Diese rechtliche Initiative kriminalisiert Kund_innen von Sexarbeiter_innen und begreift alle Menschen in der Sexindustrie als Opfer.

⁹ Die EU Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und die Strategie der EU zur Beseitigung des Menschenhandels 2012-2016, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:101:001:0011:DE:PDF>; <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52012DC0286&from=EN>

In Europa haben mehrere Staaten (Norwegen, Island und Nordirland) Gesetze eingeführt oder versucht einzuführen (Frankreich und Schottland), die Sexarbeiter_innen oder den Kauf sexueller Dienstleistungen kriminalisieren, ohne dabei Rücksicht auf die negativen Konsequenzen zu nehmen, die die Kriminalisierung von Kund_innen für Sexarbeiter_innen hat.¹⁰

TAMPEP fordert eine kritische Reaktion auf die Herausforderungen der (neo-)abolitionistischen Ansätze: Das Schwedische Modell, das äußerst kontrovers und nachteilig für migrantische wie inländische Sexarbeiter_innen ist, weil es ihre Kund_innen kriminalisiert und Sexarbeit in den Untergrund drängt, wurde ideologisiert und fälschlicher- sowie gefährlicher Weise als gutes Beispiel beworben, das andere Staaten adaptieren sollen.

Schwedische Sexarbeiter_innen beobachten, dass die Kriminalisierung dazu geführt hat, dass ihnen nun weniger Zeit zur Verfügung steht, Arbeitsbedingungen oder sichere Arbeitsplätze auszuhandeln. Sexarbeiter_innen, die in privaten Räumlichkeiten arbeiten, können nicht länger Informationen wie z.B. Name und Telefonnummer ihrer Kund_innen verlangen und haben keine Zeit zu verhandeln, welche Leistungen angeboten werden können, wodurch ihre Sicherheit beeinträchtigt wird.

Sexarbeiterinnen, die im öffentlichen Raum auf der Straße arbeiten, sind am stärksten betroffen. Sie sind gezwungen, an den Rändern der Städte zu arbeiten, in kaum sichtbaren und schlecht zugänglichen Gebieten, in denen die Polizei ihre Kund_innen nicht verhaften kann. Es wird dadurch immer unwahrscheinlicher, dass sie Kontakt zu aufsuchender Beratung bekommen.

Das Schwedische Modell basiert auf Ideologie und nicht auf Fakten. Wenn Kund_innen sich in der Gefahr sehen, verhaftet zu werden, wird Prostitution automatisch in den Untergrund gedrängt.

Wie Sexarbeiter_innen und ihre Unterstützer_innen aufzeigen, untergräbt die Kriminalisierung von Kund_innen die Selbstbestimmung von Sexarbeiter_innen, zwingt sie zudem in den Untergrund und verstärkt außerdem die Stigmatisierung und Diskriminierung, die bereits jetzt zur Marginalisierung von Sexarbeiter_innen führt. Zusätzlich haben das Schwedische Modell und die Kreuzzüge gegen Menschenhandel und Prostitution die Gesetzgebungen in Deutschland und den Niederlanden in Kritik gebracht.

Obwohl die gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen in Ländern wie den Niederlanden und Deutschland nicht frei von Problemen sind, delegitimieren die Ansätze zur Regulierung der Sexindustrie die Sexarbeit nicht und versuchen nicht, Sexarbeit abzuschaffen, wie z.B. das Schwedische Modell.

Abolitionistische Kampagnen¹¹ und politische Lobbyarbeit haben zunehmend mediale Aufmerksamkeit und politische Unterstützung bekommen, obwohl anhand umfassender Beweise belegt ist, dass die Kriminalisierung von Kund_innen oder Sexarbeiter_innen lediglich Vulnerabilitäten verstärkt und Gewalt und Ausbeutung in der Sexindustrie nicht effektiv in Angriff nimmt.

Befürworter_innen der Kriminalisierung von Kund_innen oder Sexarbeit insgesamt sind bereit, unter dem Vorwand des Schutzes von Frauen die Ansichten und Meinungen derjenigen außer Acht zu lassen, die direkt von dieser Kriminalisierung betroffen sind: Sexarbeiter_innen selbst.

Sexarbeiter_innen sind auffälligerweise abwesend bei Konferenzen, die organisiert werden, um Kriminalisierungsstrategien zu besprechen. Die gegenwärtigen europäischen Abolitionist_innen lehnen den Begriff „Sexarbeit“ sowie die Idee der Sexarbeit als Arbeit ab und ignorieren und schließen mit allen Mitteln die Stimmen derjenigen aus, die in der Sexindustrie arbeiten.

¹⁰ Siehe auch:
<http://www.nswp.org/sites/nswp.org/files/Criminalisation%20of%20Clients-c.pdf>

¹¹ Siehe Kampagne "Europe Free from Prostitution" – EWL; Deutschland EMMA

Im Jahr 2014 haben 560 NGOs und 94 Forscher_innen von den Mitgliedern des Europäischen Parlaments die Ablehnung des sogenannten Honeyball Reports (und der Anfrage einer Resolution des Europäischen Parlaments über sexuelle Ausbeutung und Prostitution und deren Auswirkung auf die Geschlechtergerechtigkeit) gefordert, da er die Kriminalisierung von Kund_innen von Sexarbeiter_innen vorgeschlagen hat.¹²

Die Resolution, die schließlich (in einer leicht abgeänderten Form) angenommen wurde, spricht sich dafür aus, die Nachfrage einzuschränken und den Erwerb sexueller Dienstleistungen zu kriminalisieren.¹³

Das stellt eine ernstzunehmende Bedrohung für Sexarbeiter_innen in Europa dar und gleichzeitig eine Niederlage für Menschenrechte, evidenzbasierte Politik und einer die Menschenwürde achtenden politischen Debatte.

Polizeiliche Kontrolle und Repression

Sexarbeiter_innen werden in Europa häufig auf Straßen, in Bordellen, Parks oder an anderen Arbeitsorten verhaftet. Dabei zielt die Strafverfolgung überwiegend auf diejenigen Sexarbeiter_innen ab, die im öffentlichen Raum auf der Straße arbeiten. Allerdings werden auch Sexarbeiter_innen, die in geschlossenen Räumlichkeiten arbeiten, im Rahmen von Razzien zum Ziel der Strafverfolgung oder wenn Lokalitäten für Ermittlungen geschlossen werden. Diese Praktiken berauben Sexarbeiter_innen ihres Einkommens.

In der Regel sind migrierte Sexarbeiter_innen, vor allem diejenigen ohne Aufenthaltserlaubnis oder in irregulären Arbeitsverhältnissen, am stärksten von Gewalt und Missbrauch durch Polizei oder als Kund_innen auftretende verdeckte Ermittler_innen betroffen.

Das verdeutlicht, dass im Rahmen nationaler Gesetze Anti-Migrationsmaßnahmen mit Anti-Prostitutionsmaßnahmen gleichgesetzt

¹² Siehe: <http://www.sexworkerurope.org/news/general-news/560-ngos-and-94-researchers-demand-members-european-parliament-reject-ms-honeyball>

¹³ <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0162+0+DOC+XML+V0//DE>

werden, um Migrant_innen verhaften und abschieben zu können (wie z.B. im Fall der chinesischen Sexarbeiter_innen in Paris im Jahr 2014 oder der Versuch Schwedens, Sexarbeiter_innen aus EU-Ländern abschieben zu lassen, obwohl diese polizeilichen Praktiken illegal waren¹⁴).

Das Netzwerk von TAMPEP hat diese Verstöße gegen Sexarbeiter_innen, hauptsächlich migrierte, seit seiner Gründung im Jahr 1993 beobachtet und dokumentiert. TAMPEP ist überzeugt davon, dass das beste Instrument gegen diese Rechtsbrüche die Verteidigung von Rechten sowie rechtliche und polizeiliche Reformen sind.

Öffentliche Gesundheit

Sexarbeiter_innen haben mit großen Hindernissen beim Zugang zu Präventionsmaßnahmen, Behandlungen und Pflegeleistungen zu kämpfen, hauptsächlich aufgrund von Stigmatisierung, Diskriminierung und Kriminalisierung. **Die zunehmende staatliche Repression und Kriminalisierung von Sexarbeit setzt Sexarbeiter_innen verstärkt der Gefahr von Infektionen mit HIV oder anderen sexuell übertragbaren Krankheiten aus.** Sie werden dazu gezwungen, an versteckten Orten zu arbeiten, was die Zugangsmöglichkeiten zu Gesundheitsversorgung und Präventionsmaßnahmen verringert und ihre Menschenwürde untergräbt. Üblicherweise sind migrierte Sexarbeiter_innen, besonders undokumentierte Migrant_innen, von diesen Problemen stärker betroffen. Sie vermeiden Beratungsstellen und Gesundheitsdienstleistungen aus Angst, registriert und/oder abgeschoben zu werden.

Verpflichtende Untersuchungen auf sexuell übertragbare Krankheiten werden in manchen europäischen Ländern (wie z.B. Ungarn und Lettland) noch immer rechtlich eingefordert und praktiziert. Diese Maßnahmen verstoßen häufig gegen die Rechte von Sexarbeiter_innen auf Vertraulichkeit und Privatsphäre. **Die Kriminalisierung der Übertragung von HIV** stellt zudem ein ernstzunehmendes Risiko für

¹⁴ <http://rt.com/news/sweden-eu-sex-europe-719/>

vulnerable Gruppen dar, da es Sexarbeiter_innen davon abhält, sich testen und behandeln zu lassen.

Außerdem haben eine Vielzahl von HIV- und Gesundheitsorganisationen einschließlich der WHO und UNAIDS Entscheidungsträger_innen vor den gesundheitlichen Gefahren der Kriminalisierung von Sexarbeiter_innen und/oder ihren Kund_innen gewarnt. Wir zitieren an dieser Stelle den Bericht der **UNAIDS Advisory Group on HIV and Sex Work** aus dem Jahr 2011, der die UNAIDS Guidance on HIV and Sex Work 2009 begleitet:

„Staaten müssen sich davon abwenden, Sexarbeit oder damit im Zusammenhang stehende Aktivitäten zu kriminalisieren. Die Entkriminalisierung von Sexarbeit muss die Abschaffung jener Strafbestände beinhalten, die den Kauf und Verkauf sexueller Dienstleistungen, das Betreiben von Bordellen, das Management von Sexarbeiter_innen und andere Aktivitäten, die im Zusammenhang mit Sexarbeit stehen, betreffen.“

Von Sexarbeiter_innen selbst durchgeführte Interventionen müssen eine zentrale Rolle in der Reaktion auf HIV einnehmen, ebenso ist es äußerst wichtig, Sexarbeiter_innen zuzuhören. Sexarbeiter_innen erfahren aus erster Hand, wie diese Gesetze und ihre widrigen Umsetzungspraktiken ihre Menschenrechte verletzen und Fortschritte in der Bekämpfung von HIV verhindern. Trotzdem wird geschätzt, dass HIV-Präventionsprogramme nur weniger als ein Drittel aller Sexarbeiter_innen im europäischen Raum erreichen. Die finanzielle Förderung von Interventionsprogrammen im Bereich Sexarbeit und HIV nimmt ab, obwohl ihre kosteneffektive Wirkung bewiesen ist.

TAMPEP wird weiterhin die Bedürfnisse von Sexarbeiter_innen in verschiedenen Foren der Europäischen Union betonen, um sicherzustellen, dass diese Bedürfnisse, einschließlich derer von migrierten Sexarbeiter_innen, in Programmen zur Prävention, Behandlung und Betreuung von HIV berücksichtigt werden.

Homo- und Transphobie

Andere Gesetze haben außerdem die Situation für männliche und Transgender Sexarbeiter_innen verschlechtert, besonders in Zentral- und Osteuropa einschließlich der GUS-Länder. Gesetze gegen Homosexualität in Ländern wie Russland und der Ukraine ziehen immer stärker werdende Homo- und Transphobie und immer weniger Akzeptanz gegenüber LGBT-Menschen nach sich, was besonders männlichen und Trans-Sexarbeiter_innen schadet. Mehrere Formen von Stigmatisierung und Diskriminierung erfahren zu müssen bedeutet für diese Gruppen häufig den Verlust ihrer grundlegenden Menschenrechte.

Gesellschaftliche Homophobie, Gesetze gegen Homosexualität und der Mangel an rechtlichen Schutzmaßnahmen gegen Diskriminierung sind gravierende Hindernisse für Transgender und männliche Sexarbeiter_innen beim Zugang zu Information, Dienstleistungen und Angeboten im Bereich der sexuellen Gesundheit.

Kommentare von TAMPEP zu den momentanen Prostitutionsregelungen in Europa

TAMPEP beobachtet mit Besorgnis, dass Aktionen gegen Sexarbeiter_innen, besonders gegen Migrant_innen dadurch legitimiert werden, dass Sexarbeit als ein Bereich aufgefasst wird, der durch organisierte Kriminalität und „Sexsklaven“ definiert ist.

Die strukturellen Bedingungen und Gesetze, die sich auf inländische wie migrierte Sexarbeiter_innen und die Sexindustrie insgesamt negativ auswirken, werden nicht als zentrale Faktoren betrachtet, wenn die Vulnerabilität von Sexarbeiter_innen (inklusive sexueller Ausbeutung und Menschenhandel) thematisiert wird.

TAMPEP bestätigt, dass die Maßnahmen der EU-Mitgliedsstaaten im Zuge des Kampfes gegen Menschenhandel häufig in Anti-Prostitutionsstrategien (z.B. Razzien) oder Anti-Immigrationsansätzen (z.B. strengere

Grenzkontrollen) resultieren. Migrierte Sexarbeiter_innen, besonders diejenigen ohne legalen Aufenthaltsstatus, sehen sich der ständigen Bedrohung ausgesetzt, verhaftet oder abgeschoben zu werden. Gewalt gegen diese Gruppe wurde außerdem in mehreren von der EU finanzierten Berichten dokumentiert¹⁵.

Je schwieriger es wird, legal zu reisen und zu arbeiten, desto eher sind Sexarbeiter_innen auf die Hilfe von Vermittler_innen angewiesen. Die Abhängigkeit von Vermittler_innen erhöht die Kosten der Migration und macht Sexarbeiter_innen dadurch anfälliger für Betrug, wodurch die Gefahr der Ausbeutung für Sexarbeiter_innen erhöht wird.¹⁶
The Global Network of Sex Work Projects

Diese Interpretation von Menschenhandel, die die EU Strategien beeinflusst hat, verschleiert sowohl die Verbindungen zwischen Migrationspolitik und „Menschenhandel“ also auch die Verbindungen zwischen Prostitutionspolitik und Zwangsarbeit in der Sexindustrie.¹⁷

Es besteht weiterhin der Bedarf, Entscheidungsträger_innen und Politikerinnen den Unterschied zwischen Menschenhandel und Sexarbeit auf sowohl rechtlicher als auch praktischer Ebene zu erklären. Obwohl die negativen Auswirkungen der Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels auf Sexarbeiter_innen für manche Mitglieder des Europäischen Parlaments nicht politisch relevant sind, können sowohl die Ineffizienz der bisherigen Bekämpfung des Problems als auch die Auseinandersetzung mit den Rechten der Opfer eine verfolgenswerte Strategie sein.

Die Gleichsetzung von Sexarbeit und Menschenhandel hat sowohl in der politischen Debatte als auch in den Medien übertriebene Ausmaße erreicht. TAMPEP betont immer wieder, dass eine verstärkte Sichtbarkeit von

Sexarbeiter_innen in diesen Debatten einen Weg darstellen kann, um Opfermythen zu bekämpfen und ein Bewusstsein für die Situation von Sexarbeiter_innen in Europa zu schaffen. Außerdem ist TAMPEP davon überzeugt, dass Sexarbeiter_innen gute Verbündete im Kampf gegen Menschenhandel sein können, da sie auf tatsächliche Opfer hinweisen könnten, sofern sie nicht selbst häufig kriminalisiert und unterbunden werden würden.

Die Position von TAMPEP

Es scheint bisher nicht genug gewesen zu sein, die Menschenrechtsverstöße, die Sexarbeiter_innen widerfahren, zu beschreiben und hervorzuheben, um konservative Interpretationen der Sexindustrie und der in der Sexarbeit tätigen Menschen zu untergraben.

In Anbetracht der weiterhin Missbrauch fördernden Regulierungen von Sexarbeit und eines Klimas der repressiven Sozialpolitik halten feministische Netzwerke und Netzwerke von Migrant_innen, politische Partner_innen, Verbündete und andere Interessensgruppen zu integrierten Aktionen der Zivilgesellschaft an, um Sexarbeiter_innen zu unterstützen, die Anerkennung und den Schutz ihrer Rechte zu sichern und die diskriminierenden Gesetze und Praktiken zu thematisieren.

Wir bekräftigen unser Bekenntnis, die Kriminalisierung von Sexarbeit und das Schwedische Modell zu bekämpfen und laden alle Partner_innen und Verbündete in Europa dazu ein, sich unserem Bestreben anzuschließen, allen Sexarbeiter_innen in Europa die Inanspruchnahme ihrer Menschenrechte zu ermöglichen.

¹⁵ <http://www.indoors-project.eu>

¹⁶ <http://www.nswp.org/resource/sex-work-not-trafficking>

¹⁷ http://tampep.eu/documents/positionpaper_migrationsexworkers_en.pdf und http://tampep.eu/documents/positionpaper_traffickinginwomen.pdf

